

15. IX. 1914

15
90

Beamten als Staatsbürger.

Tagung von Reichs- und Staatsbeamtenvereinen.

(Eigener Bericht.)

Unter außergewöhnlich starker Beteiligung fand gestern, Sonntag, in den Germaniafestsälen in der Chausseestraße die erste Hauptversammlung der Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände statt. Die Gemeinschaft zählt bereits gegen 36 Verbände; auch Frauen (Post- und Eisenbahngehilfsinnen) sind schon dabei. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses Remmers hielt eine längere Ansprache, die den

Zusammenschluß der Beamtenverbände

und seine Ziele beleuchtete. Remmers sprach seine Freude über die Anwesenheit von Vertretern der Regierung und der Parlamente. Man freue sich darüber um so mehr, als man wisse, daß die Lösung der verschiedenen Beamtenfragen nur in vertrauensvollem Zusammenwirken mit Regierung und Parlament möglich sei. Bei einer Mitgliederzahl von 1/2 Million dürfe man sich wohl als Hauptsprachrohr der deutschen Beamenschaft ansehen und wohl im Namen der Beamenschaft reden. In dieser Zeit habe auch die Beamenschaft sich endlich geeinigt, und dieser Bund solle nun unauflöslich sein. Es muß alles darangesetzt werden, einen Einheitswillen der deutschen Beamenschaft gegenüber Regierung und Volkstretung darzustellen. Der Beamte sei dann am leistungsfähigsten, wenn er der Sorge enthoben sei. Die „Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände“ wolle ein Bindeglied zwischen der Beamenschaft und der Regierung und dem Parlamente sein. Als Kernforderung der Beamten bezeichnete Redner Fragen der Besoldung, der Anstellung, des Rechts. Daneben müsse die Selbsthilfe ergriffen werden. Die Beamten müßten in Zukunft

aus der Isolierung heraus

und sich als ein Teil des Volkes betrachten. Die Beamenschaft müsse jetzt in die öffentlichen Angelegenheiten hineingeführt werden. Den politischen Auffassungen gegenüber wolle man volle Neutralität beweisen und sich auf keine Richtung festlegen. (Sehr Beifall.)

Der Schriftleiter der Zeitschrift „Die Gemeinschaft“ A. Falkenberg (Hamburg) sprach dann über

die Bevölkerungsfrage und die Beamten.

Er stellte eine Reihe von Forderungen, die zur Hebung der Volkszahl und der Menschenbeschaffenheit beitragen können. Entschieden lehnte er aber die Verknüpfung von Bevölkerungspolitik und Besoldung ab; er verlangte vielmehr eine allgemeine Besoldungserhöhung. Eine Regelung etwa durch Kinderzulagen sei keineswegs genügend. Die Beamenschaft wolle nicht Versuchskaninchen für bevölkerungspolitische Maßregeln sein.

Dr. Höfke, Direktor des Deutschen Techniker-Verbandes, stellte sich in einem weiteren Vortrage über Grundsätze zur

Neugestaltung der Besoldungsordnung

auf denselben Standpunkt. Zu fordern sei Leistungslohn, dessen Höhe zu ermitteln sei in Anlehnung an die entsprechenden Verhältnisse des freien Erwerbslebens. Mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung hätten die heutigen Gehälter aber nicht Schritt gehalten, sondern sich nach unten entwickelt. Demgegenüber stellte der Redner eine Reihe von Forderungen für die Gestaltung des Beamtengehaltes auf. Er empfahl zum Schluß den Beamten, sich parteipolitisch zu betätigen, d. h. es solle jeder Beamte in seiner Partei für die Durchführung der Beamtenwünsche tätig sein.

Hg. Raumann (mit Beifall empfangen) sprach dann in längerem Vortrage über den

Er hielt seinen Vorrednern zunächst entgegen, daß bei der Stellung: „Kinderhaben sei Privatsache, der Staat müsse nur die Leistung bezahlen“ nie mehr eine Beamtenpetition auf Gehaltserhöhung die Begründung bringen dürfe: sonst können wir die Kinder nicht mehr ernähren. (Sehr richtig!) Es zeige sich hier, daß die Dinge eben nicht so einfach nach einem Schema zu erledigen seien. Dann ging er auf sein Thema ein und pries die Beamten im Kriege so schnell möglichst gewordene Organisierung der Vaterländischer Bedeutung. Staatsbeamte sollten ein eigenes Betretungsrecht haben. Raumann sprach weiter u. a. von Demokratisierung und parlamentarischem System und beruhigte die Beamten dahin, daß beim parlamentarischen System die deutschen Befürworter die Lebenslänglichkeit der Beamenschaft nicht antasteten wollten.

Der Vorsitzende gebachte in einem Schlußworte der kämpfenden Brüder und des Kaisers. An den Kaiser wurde ein drohtlicher Gruß und Treuegelöbnis gesandt.

Schließlich wurde folgende

Entschliessung

angenommen:

Unter der Wirkung der Kriegsteuerung sind die Beamten und Beamtinnen des Reiches, der Städte und Gemeinden in eine außerordentlich bedrängte Lage geraten. Die bisher gewährten Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen haben den Rückstand nicht zu beseitigen vermocht, weil mit ihrer Gewährung zu spät begonnen wurde und die Zuwendungen der jeweils herrschenden Teuerung nicht entsprachen. Die Erhaltung eines leistungsfähigen, kaufkräftigen und unbestechlichen Beamtenstandes ist eine Aufgabe von höchster volkswirtschaftlicher und nationaler Bedeutung. Zur Vermeidung einer weiteren Verschuldung und Verarmung der Beamenschaft, namentlich der unteren, hält die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände eine durchgreifende Erhöhung der Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen sowie die alsbaldige Bewilligung einer einmaligen ausreichenden Kriegsteuerungszulage für unbedingt erforderlich. Sie spricht zugleich den dringenden Wunsch aus, vor der Entscheidung über die Neuregelung der Kriegszuwendungen sowie der Einkommensverhältnisse der Beamten überhaupt künftig rechtzeitig gehört zu werden.